

Pressesprecherin: Linda Schädler  
Telefon: 0621 181-1434  
schaedler@uni-mannheim.de  
www.uni-mannheim.de

Mannheim, 15. März 2022

## Presseinformation

### **GBP-Monitor: Ukraine-Krieg belastet viele Unternehmen finanziell – dennoch stößt Sanktionspolitik auf breiten Zuspruch**

**Seit fast drei Wochen herrscht Krieg in der Ukraine. Die angespannte politische Lage wirkt sich auch auf die betriebswirtschaftliche Situation von Unternehmen in Deutschland aus. Laut März-Bericht des German Business Panel (GBP) sind erwartete Umsätze und Gewinne sowie geplante Investitionen unmittelbar nach Kriegsbeginn eingebrochen und damit sogar derzeit niedriger als während der letzten Lockdowns. Vor allem die indirekten Folgen sind es, die Unternehmen finanziell belasten, insbesondere die höheren Energiekosten und die erneut unterbrochenen internationalen Lieferketten. Nur 19 Prozent der Unternehmen geben an, dass sie von den Folgen des Kriegs und der Sanktionspolitik nicht betroffen sind. Trotz dieser erheblichen Belastung unterstützen über 60 Prozent der Unternehmen die Sanktionspolitik der Bundesregierung.**

Auf täglicher Basis befragt das German Business Panel an der Universität Mannheim Unternehmen in Deutschland, welche Veränderungen sie bei Umsätzen, Gewinnen und Investitionen erwarten. Die aktuellen Daten vom März zeigen, dass sich der Krieg in der Ukraine erheblich auf die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der Unternehmen auswirkt. Erwartete Umsätze und geplante Investitionen sind unmittelbar nach Kriegsausbruch gesunken. Darüber hinaus erwarten die Unternehmen für das Jahr 2022 im Schnitt nun wieder sinkende Gewinne (-3,1 Prozent). Bis Mitte Februar hatten sich die Erwartungen angesichts der zwischenzeitlich zurückgehenden Corona-Inzidenzen zuletzt deutlich erholt.

Nach den Gründen für die negativen Aussichten gefragt, geben 44,8 Prozent der Unternehmen an, vom Ukraine-Krieg und den erlassenen Sanktionen gegenüber Russland finanziell betroffen zu sein. Diese Unternehmen rechnen damit, dass Krieg und Sanktionen ihre Gewinne im laufenden Geschäftsjahr um 20,7 Prozent reduzieren werden. Nur 19 Prozent der Unternehmen können eine Beeinträchtigung ihres eigenen Geschäfts ausschließen. Bei den übrigen Unternehmen herrscht Unsicherheit über Art und Umfang der Belastung. „Die Daten zeigen, dass die aktuellen Entwicklungen Unternehmen in Deutschland erheblich belasten. Krieg und Sanktionen treffen dabei deutlich mehr Unternehmen, als es die Einschränkungen der Geschäftstätigkeit während der Pandemie getan haben. Und sie treffen auch andere Bereiche der Wirtschaft“, erklärt Prof. Dr. Jannis Bischof, Inhaber des Lehrstuhls für ABWL und Unternehmensrechnung an der Universität Mannheim und wissenschaftlicher Projektleiter des GBP.

In der Umfrage berichten insbesondere solche Branchen von deutlich gestiegenen Risiken, die die Pandemie finanziell durchaus erfolgreich überstanden hatten – wie das verarbeitende Gewerbe oder das Baugewerbe. Viel stärker noch als durch direkte Geschäfte in Russland und der Ukraine oder mit russischen Partnern befürchten viele Unternehmen negative Folgen durch höhere Energiepreise und Lieferschwierigkeiten auf internationalen Märkten. Daher erwarten auch Branchen wie Tourismus und Gastgewerbe, die schon von der Pandemie hart getroffen wurden, erneut finanzielle Belastungen, wenn sich der private Konsum aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung allgemein eintrübt. „Das geschäftliche Risiko für Unternehmen in Deutschland scheint aktuell zwar überschaubar, die Sorge vor politischer Unsicherheit und Kostendruck ist aber durchaus Anlass für viele Unternehmen, sich neu aufzustellen“, berichtet Dr. Davud Rostam-Afschar, der akademische Leiter des GBP.

Trotz der erheblichen Folgen für Unternehmen in Deutschland zeigen die Zahlen, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen sehr breiten Rückhalt in der deutschen Wirtschaft finden. 63 Prozent der Unternehmen bewerten die Sanktionen eher positiv und nur 16 Prozent eher negativ (Stand: 12. März). Selbst unter den Unternehmen, die von finanzieller Belastung berichten, beläuft sich der Anteil der Zustimmung auf 57 Prozent. „Viele Unternehmen verstehen: Die Sanktionen verursachen zwar kurzfristige Kosten, zum Teil auch erheblich. Die langfristigen Kosten, diese Sanktionen zu unterlassen und sich dem Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft nicht entgegenzustellen, wären freilich noch bedeutend höher“, fasst Bischof zusammen.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im März 2022“ finden Sie hier:

[https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/03/gbp\\_monitor\\_2022\\_03.pdf](https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2022/03/gbp_monitor_2022_03.pdf).

### **Weitere Informationen zum GBP-Monitor**

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet. In diesem Monat haben wir den Unternehmen unter anderem die folgende Frage gestellt: Bedroht der Ukraine-Krieg deutsche Unternehmen in ihrer Existenz und welche Belastungen erwarten Entscheidungsträger der Unternehmen im Zuge dieser neuerlichen Krise?

### **Hintergrundinformationen zum German Business Panel**

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ ([www.accounting-for-transparency.de](http://www.accounting-for-transparency.de)).

Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019 und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für zunächst vier Jahre gefördert. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind rund 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität

Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, Frankfurt School of Finance & Management, Goethe-Universität Frankfurt am Main, WHU - Otto Beisheim School of Management, und Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 12 Millionen Euro.

**Kontakt:**

Prof. Dr. Jannis Bischof  
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung  
Universität Mannheim  
Tel: +49 621 181-1630  
E-Mail: [jbischof@uni-mannheim.de](mailto:jbischof@uni-mannheim.de)